

Merkblatt zum Projektaufnahmebogen

Die Region Östliche Oberlausitz wählt Projekte aus, die eine finanzielle Unterstützung durch das Land Sachsen und die EU erhalten können, wenn sie die folgenden Kriterien einhalten. Ein Rechtsanspruch auf Fördermittel ist nicht gegeben. Die Zuwendung wird als Projektförderung in Form der Anteilsfinanzierung als nicht rückzuzahlender Zuschuss gewährt. Die Abrechnung erfolgt nach bezahlten Belegen.

1. Antragsteller können natürliche und juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts sowie rechtsfähige Personengesellschaften einschließlich der Lokalen Aktionsgruppen (LAG) sein (Kommunen, Vereine, sonstige Körperschaften öffentlichen Rechts, Unternehmen und Privatpersonen). Die berechtigten Antragsteller sind im Aktionsplan der jeweils gültigen Fassung der LEADER-Entwicklungsstrategie (LES) je Maßnahme aufgeführt.
2. Eine Förderung eines Projektes ist nur dann möglich, wenn
 - es im Allgemeinen die Vorgaben der Richtlinie LEADER/2014 berücksichtigt,
 - die allgemeinen und maßnahmenbezogenen Kohärenzkriterien (vgl. Prioritätenmatrix zur Projektbewertung) erfüllt sind,
 - die im Projektaufnahmebogen und dem Aufruf angegebenen Unterlagen vollständig eingereicht sind,
 - die bereitgestellten Fördergelder in erforderlichem Umfang zur Verfügung stehen,
 - das Entscheidungsgremium der Lokalen Aktionsgruppe (LAG), der Koordinierungskreis, das Projekt befürwortet. Einer positiven Beschlussfassung des Koordinierungskreises liegt ein Ranking zugrunde, das aufgrund von in der LES festgesetzten Projektauswahlkriterien erfolgt (vgl. Prioritätenmatrix zur Projektbewertung),
 - die Bewilligungsbehörde das Projekt bewilligt hat.
3. Der Projektträger muss eine Eigenerklärung abgeben, ob die Anwendung anderer Fachförderungen abgeprüft wurde. Eine Fachförderung nach RL-KStB soll vorrangig in Anspruch genommen werden.
4. Zuwendungen für bauliche Investitionen dürfen nur dem Eigentümer oder Erbbauberechtigten gewährt werden (bei Gebietskörperschaften oder Religionsgesellschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, auch langfristigen Pächtern). Bei Straßen- und Wegebauvorhaben ist der Nachweis der dauerhaften rechtlichen Sicherung durch öffentliche Widmung sowie bei Leitungsnetzen und Beschilderungen der Nachweis der allgemeinen Verfügungsberechtigung ausreichend.
5. Zuwendungen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die vor Antragstellung noch nicht begonnen worden sind. Es sind nur diejenigen Ausgaben förderfähig, die entstanden sind, nachdem bei der Bewilligungsbehörde ein Förderantrag gestellt wurde.
6. Der Grundstückserwerb und die damit verbundenen Erwerbsnebenkosten werden nicht gefördert.
7. Bei baulichen Maßnahmen ist die regionale Baukultur zu berücksichtigen. Historische Elemente sollen erhalten oder wiederhergestellt werden.
8. Für nicht investive Vorhaben mit laufenden Kosten sind folgende Ausgaben förderwürdig:

Betriebs-, Personal-, Schulungskosten, Kosten im Zusammenhang mit Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkkosten, Studien, sofern sie mit einem bestimmten Vorhaben im Rahmen des EPLR 2014 - 2020 oder dessen Zielen verbunden sind.

9. Förderung baulicher Maßnahmen/Umnutzung/Sanierung

Vollständige bzw. umfassende Umnutzung/Sanierung:

Bei einer vollständigen bzw. umfassenden Sanierung werden standardisierte Einheitskosten (SEK) angewendet. Diese ist gegeben, wenn Bauleistungen in mindestens 12 der 14 im entsprechenden Formular erfassten Gewerke umgesetzt werden. SEK können dabei für verschiedene Nutzungen wie zum Beispiel Wohnen, touristische Beherbergung oder Bürogebäude und Sozialeinrichtungen zur Anwendung kommen. Sie benötigen die Unterstützung eines bauvorlageberechtigten Planers für Förderantrag und den Auszahlungsantrag (für die Flächenberechnung sowie die Bauerläuterung zur Ermittlung der SEK). Bei den SEK handelt es sich um einen **Festbetrag in Höhe von 1.272 EUR pro m²**. Für Vorsteuerabzugsberechtigte kommt ein reduzierter Festbetrag in Höhe von 1.068 EUR pro m² zur Anwendung.

Für alle anderen baulichen Maßnahmen:

Die tatsächlich entstandenen Ausgaben werden erstattet. Eigenleistungen sind prinzipiell nicht förderwürdig.

Es sind folgende Ausgaben (Material sowie die dazugehörige Arbeitsleistung oder Eigenleistung) **nicht förderwürdig:**

- beweglich Ausstattung
- Teppichböden, Fußbodenbeläge aus Kunststoff (z. B. PVC, Laminat, Vinyl, etc.)
- Außenliegende, sichtbare Rollladenkästen

Förderwürdige Ausgaben (Material sowie Arbeitsleistung mit Rechnungsbeleg) bei dem Bodenmaterial der investiven Maßnahmen sind:

- „harte“ Fußbodenbeläge (z. B. Fliesen, Parkett, Dielenböden, Echtholzböden) sowie Fußböden aus Naturmaterial (z. B. Kork, etc.)

12. Neubau ist ausgeschlossen bei den Maßnahmen B 1.1, B 1.2, B 2.2 (Um- und Wiedernutzung zum Hauptwohnsitz, zum Gewerbe und zu altersgerechten Mietwohnungen), der Maßnahme C 3.1 (Inwertsetzung alter landwirtschaftlicher Gebäude). Ausnahme: originalgetreue Wiederherstellung von ursprünglich vorhandenen einzelnen historischen Bauelementen, z. B. Laube, Eingangsbereich o. ä. (Nachweis!).
13. Investitionen in bauliche Anlagen, die innerhalb von festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten liegen, sind nur in Ausnahmefällen förderfähig!
14. Die Höhe der Förderung wird von der LAG in der LES bestimmt. Zuwendungen unter 5 000 Euro werden nicht gewährt. Für Maßnahmen nach dem Programm EMFF liegt diese Untergrenze bei 2 000 €. Die Zusammenfassung mehrerer Vorhaben zu einem Antrag stellt keine Umgehung dieser Untergrenze dar.
15. Bei touristischen Vorhaben ist zur Bewilligung eine Stellungnahme zur Integration des Vorhabens in die Destinationsstrategie der zuständigen DMO erforderlich.
16. Nachweise zur Erfüllung der Fördervoraussetzungen sind durch den Antragsteller zu erbringen.
17. Die Zweckbindungsfrist für investive Vorhaben beträgt 5 Jahre.
18. Die angegebenen Fördersätze gelten vorbehaltlich einer beihilferechtlichen Prüfung durch die Bewilligungsbehörde. Eine Änderung der Fördersätze ist möglich.
19. Die Finanzierung der Gesamtprojektkosten ist nachzuweisen.